

*Dieter Egli, Grossrat SP, Fraktionspräsident  
Ansprache zum 1. Mai in Brugg*

Es freut mich, dass ich heute, am 1. Mai, auf dem Brugger Neumarkt sprechen darf. Wir sind mit der Feier heute nicht am Stadtrand und in einem geschlossenen Raum, sondern mitten in der Stadt, unter den Leuten. Und hier sind wir doch eigentlich richtig. Schliesslich haben wir eine Botschaft – und die müssen nicht in erster Linie wir selber hören, sondern die sollen alle hören.

Die Botschaft ist einfach: Es braucht linke Politik – die Schweiz braucht sie, der Aargau braucht sie und auch die Region Brugg braucht sie. Deshalb gehören wir hierhin, in die Mitte, in die Mitte des Volkes.

Denn diejenigen, die von sich behaupten, sie seien die Mitte – die politische Mitte – die haben sich leider schon lange vom Volk verabschiedet. Sie vertreten nur noch die Wirtschaft und die Abzocker. Sie haben dafür gesorgt, dass in den letzten zehn Jahren in der Schweiz das Geld den schlechter Verdienenden weggenommen und an die besser Verdienende verteilt worden ist.

Die Mitteparteien machen das ganz offen, nennen sich Wirtschaftsparteien und sind sogar noch stolz darauf. Die andere, die grösste Partei in unserem Land verdeckt ihre fatale Wirtschaftshörigkeit im besseren Fall unter einer vermeintlich schönen Musikantenstadel-Schweiz und im schlechteren Fall unter blankem Rassismus, wo die Fremden an allem Schuld sind.

Dass das Volk dies nicht mehr einfach so glaubt, hat es bei der letzten Volksabstimmung gezeigt: Auch hier in der Region Brugg haben die Menschen gezeigt, dass sie die Abzocker-Mentalität der Wirtschaft und die einfachen, aber menschenverachtenden Lösungen der Politik nicht mehr länger akzeptieren.

So haben sich die Zeiten geändert: Wer sich noch vor fünf Jahren kritisch zu einem überbordenden Kapitalismus geäussert hat, wurde entweder als Fantast ausgelacht oder als Landesverräter gebrandmarkt. Heute kommen sogar Wirtschaftsführer zu dieser Erkenntnis.

Aus linker Sicht könnte man jetzt selbstzufrieden sein und sich zurückzulehnen in der Gewissheit, schon das Richtige gedacht zu haben. Das wäre aber falsch, im Gegenteil: Jetzt erst recht braucht es linke Politik. Einfach nur eine Abzockerinitiative und einfach nur eine 1:12-Initiative reichen nicht. Denn es gibt noch viel zu tun, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch und vor allem im Aargau.

Im letzten Sommer hat der Sozialbericht der Regierung nämlich Erschreckendes gezeigt: Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung hat zugenommen. Die hohen Löhne sind weiter gestiegen und die schon tiefen weiter gesunken. Junge werden sehr oft arbeitslos und Arbeitslose über 50 sind immer schwerer vermittelbar. Kinder zu haben wird

mehr und mehr zum Armutsrisiko. Und immer mehr wissen nicht, ob sie auch im Alter noch finanziell abgesichert sind.

Was der Aargau jetzt eigentlich braucht, ist eine Bildungsoffensive, eine Sozialoffensive – Angebote für Familien, für Stellensuchende oder für Unternehmen, die Lehrstellen anbieten. Was hat der Kanton stattdessen gemacht? Immer neue Steuersenkungen! Für einige wenige sind die Auswirkungen sicher positiv, für die meisten von uns sind sie aber fatal: Der Staat kann seine Leistungen nicht mehr bezahlen, die Sicherheit geht den Bach hinunter, die Schule wird nicht besser und der Kanton kämpft mit den Gemeinden um jeden Rappen.

Weil es einfach niemand zahlen wollte, hat man so zum Beispiel die familienergänzende Kinderbetreuung abgeschossen, die so wichtig wäre für viele Familien und auch für einen wirtschaftlich erfolgreichen Aargau. Kurz gesagt: Wir arbeiten auf Abbruch.

Wobei Abbruch das falsche Wort ist, wenn man sieht wie für viel Geld Strassen gebaut werden sollen und offenbar noch können – Strassen, die Umfahrung heissen, obwohl sie eigentlich nichts umfahren, sondern eher privaten Interessen von wenigen dienen.

Also, liebe Genossinnen und Genossen: Es braucht mehr linke Politik. Wir müssen denen, die jetzt schon mal aus dem Halbschlaf aufgewacht sind, noch ganz die Augen auf tun.

Denen, die gegen Abzockerlöhne gestimmt haben, müssen wir zeigen, was man mit den Millionen, die die Vasellas und Ospels nicht mehr verdienen, wirklich machen könnte – dass dann alle, die voll arbeiten, fair bezahlt werden können und nicht von der Sozialhilfe abhängig sein müssen – dass wir soviel sicherer wären, wenn für alle vernünftige Renten garantiert wären.

Auch im Aargau, in unseren Gemeinden, braucht es mehr linke Politik. Der Aargau, der immer mehr zum Spaar-GAU wird, ist kein Weg. Wir müssen den Leuten zeigen, dass wir für das, was wir bezahlen, auch etwas bekommen: Einen sicheren Schulweg zum Beispiel, ein gutes kulturelles Angebot, eine Postautoverbindung, Angebote für Senioren, oder eine attraktive Veloverbindung ins Zentrum – eine lebenswerte Umgebung halt.

Und das Beste ist: In unseren Gemeinden können wir sehr bald etwas tun, denn im Herbst stehen Wahlen an.

Die linke Politik, die Politik für Arbeitnehmende, die Politik für Gerechtigkeit und für gesellschaftliche Solidarität hat im Moment viele Möglichkeiten. Ich hoffe, dass wir fähig sind, sie zu packen.

Ich wünsche uns eine erfolgreiches Jahr – ein Jahr aber, das für viele etwas bringt, und nicht nur für wenige.